

Öffentliche Finanzen

Entwicklung im vierten Quartal und Gesamtjahr 1999

Gebietskörperschaften

Nach den bisher vorliegenden Angaben haben sich die Haushaltsergebnisse der Gebietskörperschaften im vierten Quartal 1999 verbessert. Dennoch dürfte die Verschlechterung in den ersten drei Quartalen nicht ganz wettgemacht worden sein, in denen das Defizit gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum um 3 Mrd Euro auf 26 Mrd Euro zugenommen hatte. Für das Gesamtjahr ist daher mit einem eher etwas höheren Defizit als im Jahr 1998 (rund 28 Mrd Euro bzw. 55 Mrd DM) zu rechnen. Der Rückgang der nichtsteuerlichen Einnahmen (insbesondere des Bundesbankgewinns und daneben auch der Vermögensveräußerungen) und der beschleunigte Ausgabenanstieg konnten dabei durch ein kräftiges Wachstum der Steuereinnahmen nicht ganz ausgeglichen werden.

*Gesamt-
entwicklung
der Gebiets-
körperschaften*

Die Steuererträge¹⁾ der Gebietskörperschaften lagen im letzten Quartal des vergangenen Jahres um fast 6 % über ihrem Vorjahrsniveau. Die Erträge aus den Einkommensteuern nahmen insgesamt gesehen allerdings nur noch um gut 2 ½ % (nach 6 % im dritten Vierteljahr) zu. Ausschlaggebend hierfür war, daß die Körperschaftsteuer nun nach einem kräftigen Aufkommensanstieg in den vorangegangenen Quartalen um fast 5 % weniger als in der gleichen Vorjahrszeit erbrachte. Hierfür könnten Wertberichtigungen der

*Steuer-
einnahmen
im vierten
Quartal 1999 ...*

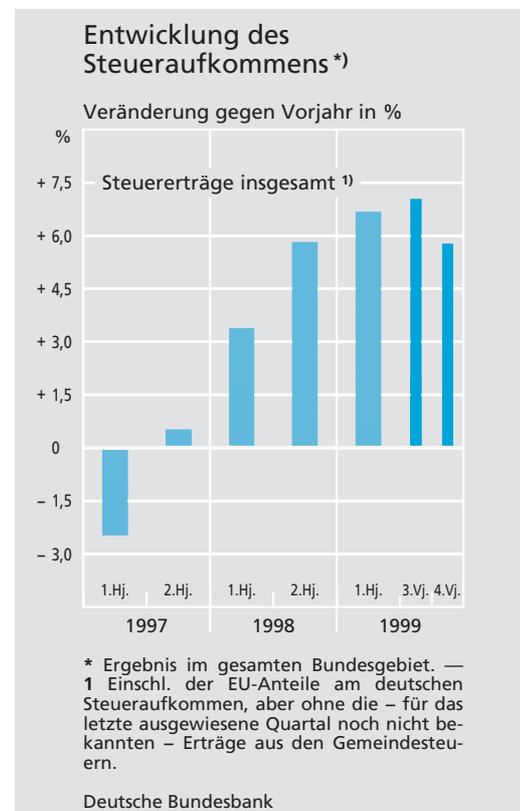
¹ Einschließlich der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die noch nicht bekannten Erträge aus den Gemeindesteuern.

Banken ursächlich gewesen sein. Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer ist dagegen weiterhin sehr stark gestiegen (+ 29%). Hier haben sowohl die Steuervorauszahlungen als auch die Nachzahlungen kräftig zugenommen. Die Lohnsteuer verzeichnete nur einen mäßigen Zuwachs (+ 1½%). Demgegenüber waren die beiden wichtigsten indirekten Steuern weiterhin sehr ergiebig. Die Umsatzsteuererträge übertrafen ihr entsprechendes Vorjahrsergebnis um gut 7%. Dabei fielen Mehreinnahmen aufgrund einiger Steuerrechtsänderungen ins Gewicht;²⁾ außerdem wurde hier die Aufkommensentwicklung vom Wachstum des Privaten Verbrauchs sowie der (ebenfalls steuerbelasteten) Wohnungsbauinvestitionen und staatlichen Sachkäufe geprägt. Die Mineralölsteuer erbrachte aufgrund der Steuererhöhung vom 1. April 1999 sogar um 11½% höhere Erträge.

... und im
Gesamtjahr

Im ganzen Jahr 1999 fiel das Steueraufkommen nach dem vorläufigen Ergebnis (das noch eine Schätzung für die Gemeindesteuern enthält) um gut 6% höher aus als ein Jahr zuvor. Es übertraf damit die den Haushaltsplänen weitgehend zugrunde gelegte offizielle Steuerprognose vom Herbst 1998 um 5½ Mrd Euro. Die Volkswirtschaftliche Steuerquote erhöhte sich um 0,8 Prozentpunkte auf 22,8% (in finanzstatistischer Abgrenzung), sie liegt damit aber noch unter dem langfristigen Durchschnitt.

Dieser Anstieg war nur zum kleineren Teil auf die Erhöhung der Energiebesteuerung zurückzuführen. Vor allem trug hierzu bei, daß die Umsatzsteuer sehr ergiebig war (+ 7%).



Auch fiel ins Gewicht, daß sich die frühere Erosion der veranlagten Einkommensteuer nicht zuletzt infolge des Auslaufens der Sonderabschreibungen für Investitionen in Ostdeutschland weiter zurückgebildet hat. Das Aufkommen aus dieser Steuer hat sich 1999 auf knapp 11 Mrd Euro nahezu verdoppelt und ging weit über die zunächst gehegten Erwartungen hinaus. Kräftig gestiegen sind außerdem die Körperschaftsteuererträge (+ 21%).³⁾ Sie blieben jedoch beträchtlich hinter der Prognose vom Herbst 1998 zurück, während andererseits in-

2 Diese umfaßten eine Einschränkung bzw. Streichung des Vorsteuerabzugs bei Aufwendungen für nicht ausschließlich betrieblich genutzte Pkw, Verpflegungsmehraufwendungen sowie Reise- und Umzugskosten von Arbeitnehmern seit dem 1. April 1999.

3 Ein Jahr zuvor war das Wachstum des Körperschaftsteueraufkommens stark dadurch gedämpft worden, daß viele Unternehmen noch die bis Ende 1998 bestehende Möglichkeit genutzt hatten, früher gebildete Gewinnrücklagen („EK 50“) steuermindernd auszukehren.

Aufkommensentwicklung wichtiger Einzelsteuern

Steuerart	Aufkommen in			Ver- ände- rung gegen- über Vorjahr in %
	Mrd DM		Mrd Euro	
	Gesamtjahr			
	1998	1999	1999	
Lohnsteuer	258,3	261,7	133,8	+ 1,3
Veranlagte Einkommensteuer	11,1	21,3	10,9	+ 91,5
Körperschaftsteuer	36,2	43,7	22,4	+ 20,8
Umsatzsteuer	250,2	268,3	137,2	+ 7,2
darunter: 4. Quartal				
Lohnsteuer	78,0	79,2	40,5	+ 1,5
Veranlagte Einkommensteuer	8,5	11,0	5,6	+ 29,2
Körperschaftsteuer	12,0	11,4	5,8	- 4,9
Umsatzsteuer	65,7	70,3	36,0	+ 7,1

Deutsche Bundesbank

folge überraschend hoher Ausschüttungen die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag – die im wesentlichen die Kapitalertragsteuer auf Dividenden umfassen – deutlich mehr als zunächst erwartet erbrachten. Demgegenüber hat die Lohnsteuer mit einer Zunahme um lediglich knapp 1 ½ % die Erwartungen vom Herbst 1998 trotz höherer Tariflohnabschlüsse nur annähernd erfüllt, was vor allem auf den niedrigeren Anstieg der effektiven Durchschnittsverdienste infolge der stark negativen „Lohndrift“ zurückzuführen ist. Im übrigen wirkten sich hier die Anfang 1999 in Kraft getretenen Maßnahmen aufkommensdämpfend aus.

Die günstige Finanzentwicklung der Gebietskörperschaften im vierten Quartal betraf maßgeblich den Bundeshaushalt. Dieser erzielte mit 4 ½ Mrd Euro einen doppelt so ho-

hen Überschuß wie im letzten Quartal des vorangegangenen Jahres. Ausschlaggebend hierfür war neben einem sehr starken Wachstum der Steuereinnahmen die Veräußerung von Beteiligungsbesitz, insbesondere von Anteilen an der Deutschen Post AG an die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Die gesamten Einnahmen haben deshalb um 8 ½ % zugenommen. Der Ausgabenanstieg war mit 5 ½ % ebenfalls recht hoch. Hier schlugen sich insbesondere die Zahlungen an die Postunterstützungskassen und die ausgeweiteten Zuweisungen an die Rentenversicherung nieder.

Im Gesamtjahr konnte der Bund sein Defizit um 2 ¾ Mrd Euro auf rund 26 Mrd Euro (knapp 51 ½ Mrd DM) zurückführen. Damit wurde der im Haushaltsplan veranschlagte Betrag um 1 ¼ Mrd Euro unterschritten. Die Gesamtausgaben blieben um 1 ½ Mrd Euro hinter den Ansätzen zurück. Gegenüber dem Vorjahr stiegen sie damit um gut 5 %.⁴⁾ Entlastend wirkte vor allem, daß die zum Ausgleich des Defizits der Bundesanstalt für Arbeit vorgesehenen Zuweisungen um knapp 2 Mrd Euro geringer ausfielen als geplant. Auch die Inanspruchnahme des Bundes aus Gewährleistungen und der laufende Sachaufwand waren deutlich niedriger als veranschlagt. Zusammen mit verschiedenen weiteren Minderausgaben wurden damit die Mehrbelastungen, die bei der Arbeitslosenhilfe und bei den Zuweisungen an das Bundes-eisenbahnvermögen nach dem Scheitern des

... und im
Gesamtjahr

Bundeshaushalt
im vierten
Quartal ...

⁴ Ohne Berücksichtigung der erstmaligen Zahlungen an die Postunterstützungskassen und der erweiterten Zuweisungen an die gesetzliche Rentenversicherung im Zusammenhang mit der „ökologischen Steuerreform“ ergab sich kaum noch ein Zuwachs.

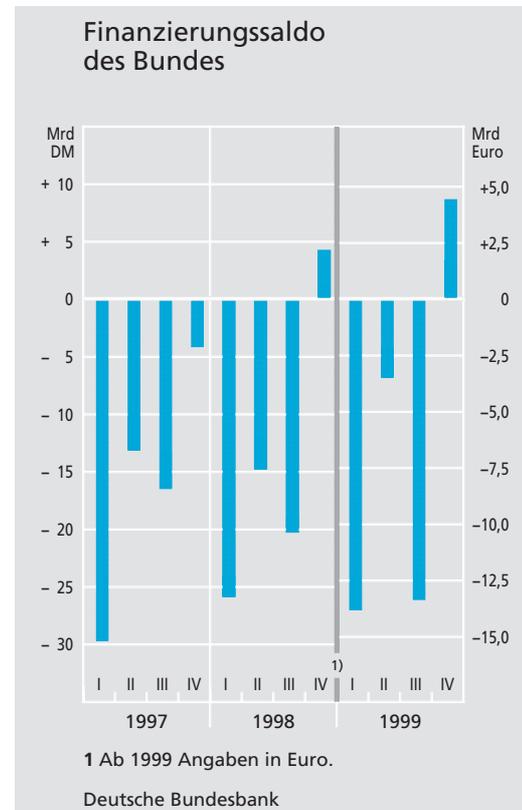
Verkaufs der „Eisenbahnerwohnungen“ entstanden, mehr als ausgeglichen. Auf der Einnahmenseite übertrafen die Steuern die Erwartungen um annähernd 2 ½ Mrd Euro. Außerdem waren im Plan vorsichtshalber globale Mindereinnahmen in Höhe von rund 1 Mrd Euro (2 Mrd DM) eingestellt, die sich jedoch nicht realisierten. Die günstige Haushaltsentwicklung ermöglichte es, veranschlagte Veräußerungen von Finanzvermögen in einem Umfang von 5 ½ Mrd Euro zu verschieben und damit nachfolgenden Haushalten zusätzlichen Spielraum zu verschaffen.

Neben-
haushalte

Die Haushaltslage der Sondervermögen des Bundes hat sich 1999 erheblich verschlechtert. Ihr Überschuß dürfte sich nach 24 Mrd DM im vorangegangenen Jahr etwa halbiert haben. Ausschlaggebend hierfür war der Rückgang des Bundesbankgewinns, der – soweit er 7 Mrd DM übersteigt – dem Erblastentilgungsfonds zur Rückführung seiner Verschuldung zugewiesen wird. Damit sanken diese Einnahmen um 4 Mrd Euro auf gut 4 ½ Mrd Euro. Auch die zur Jahresmitte 1999 in Kraft getretene Mitübernahme der Schulden durch den Bund wirkte sich negativ auf den Finanzierungssaldo des Fonds aus, da die bis dahin gewährten Bundeszuweisungen zur Schuldentilgung, die sich beim Erblastentilgungsfonds in einem Finanzierungsüberschuß gleicher Höhe niederschlugen, entfallen.

Länder-
haushalte

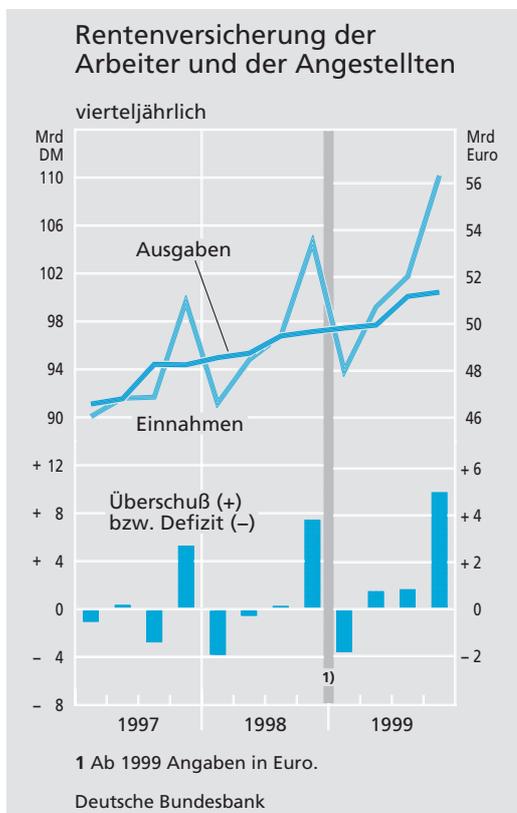
Über die Haushaltsergebnisse der Länder im vierten Quartal 1999 liegen noch keine vollständigen Daten vor. In den ersten neun Monaten hatte das Defizit mit 4 Mrd Euro um gut 3 Mrd Euro unter den Beträgen ein Jahr zuvor gelegen. Im Gesamtjahr 1999 könnten die



Länderhaushalte mit einem Defizit in der Größenordnung von 10 Mrd Euro oder rund 20 Mrd DM gegenüber 26 ½ Mrd DM im vorangegangenen Jahr abgeschlossen haben. Entscheidend hierfür war die recht günstige Entwicklung des Steueraufkommens. Auch fiel der Ausgabenanstieg trotz der Belastungen aus den relativ hohen Tarifabschlüssen wiederum recht moderat aus.

Zwar liegen für die kommunalen Haushalte noch keine Ergebnisse für das letzte Quartal 1999 vor, doch dürften sie im Gesamtjahr erneut einen Einnahmenüberschuß aufgewiesen haben. Der im Jahr 1998 erzielte Betrag von fast 5 Mrd DM dürfte allerdings nicht wieder erreicht worden sein. So nahmen in den ersten drei Quartalen die Zuweisungen der Länder nur wenig zu, und die Einnahmen aus Gebühren

Gemeinde-
haushalte



und Beteiligungsveräußerungen waren deutlich rückläufig. Außerdem wirkten sich die gestiegenen Personalkosten sowie die Zunahme beim laufenden Sachaufwand belastend aus.

Die Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften belief sich im vierten Quartal auf 11½ Mrd Euro, nachdem sie in den ersten neun Monaten 25½ Mrd Euro betragen hatte. Die Geldmarktverschuldung wurde um 5½ Mrd Euro verringert. Am Kapitalmarkt wurden dagegen Mittel im Umfang von 17 Mrd Euro beschafft. Mit mehr als 8½ Mrd Euro beziehungsweise knapp 6 Mrd Euro stand dabei der Absatz von Anleihen und Bundesobligationen im Vordergrund. Per saldo getilgt wurden dagegen vor allem Schatzanweisungen und Schatzbriefe.

*Verschuldung
im vierten
Quartal ...*

Am Jahresende 1999 lag die Verschuldung der Gebietskörperschaften nach den bisher vorliegenden Angaben um gut 37 Mrd Euro über ihrem Vorjahrsniveau und belief sich damit auf rund 1,2 Billionen Euro. Die Zunahme war dabei etwas höher als im Jahr 1998. Neue Kredite wurden überwiegend in Form von Anleihen aufgenommen, so daß die Neuverschuldung weiterhin zum großen Teil im langfristigen Bereich erfolgte.

*... und im
Gesamtjahr*

Sozialversicherungen

Im letzten Quartal des Jahres 1999 erzielte die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten erwartungsgemäß einen beachtlichen Überschuß von 5 Mrd Euro, der den Betrag im gleichen Vorjahrszeitraum um gut 1 Mrd Euro übertraf. Neben den hohen Beitragseingängen aufgrund der saisonüblichen Sonderzahlungen zum Jahresende wirkten sich vor allem die zusätzlichen, über die höhere Energiebesteuerung finanzierten und zum größten Teil erst seit Juni 1999 erfolgenden Zahlungen aus dem Bundeshaushalt einnahmensteigernd aus. Hinzu kamen die seit April 1999 anfallenden Beitragseinnahmen für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Insgesamt lagen die Einnahmen im vierten Quartal um fast 5½ % über ihrem Vorjahrswert. Die Ausgaben wuchsen um knapp 3½ %, wobei die Rentenzahlungen als dominierende Ausgabenart um gut 3½ % zunahmen.

*Renten-
versicherung
der Arbeiter
und der
Angestellten*

Für das gesamte Jahr 1999 ergab sich ein Überschuß von 4¾ Mrd Euro oder fast 9½ Mrd DM. Gegenüber 1998 (3½ Mrd DM) bedeutet dies eine beträchtliche – vor allem

durch zusätzliche Bundeszuweisungen erreichte – Verbesserung, die freilich notwendig war, um die Schwankungsreserve erstmals seit 1994 wieder auf ihren gesetzlich vorgeschriebenen Mindestumfang von einer durchschnittlichen Monatsausgabe anzuheben. Dieses Ziel wurde – unterjährigen Statistiken zufolge – zum Jahresende 1999 praktisch erreicht.

Bundesanstalt für Arbeit

Die Bundesanstalt für Arbeit schloß im letzten Vierteljahr 1999 nahezu ausgeglichen ab. Im gleichen Vorjahrsquartal hatte sich noch ein Defizit von gut 1½ Mrd DM ergeben. Die deutliche Verbesserung ist vor allem einem Rückgang der Ausgaben um 4½ % zuzuschreiben. Die Aufwendungen für das Arbeitslosengeld nahmen erneut ab (– 4 %). Im Gegensatz zu den ersten neun Monaten blieben auch die Zahlungen im Rahmen der bis zum Ende des Jahres 1998 stark ausgeweiteten aktiven Arbeitsmarktpolitik hinter ihrem Vorjahrswert zurück (– 7 %). Die Einnahmen erhöhten sich um 1½ %.

Im Gesamtjahr 1999 betrug das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit 3¾ Mrd Euro oder fast 7½ Mrd DM im Vergleich zu 7¾ Mrd DM im vorangegangenen Jahr. Der im Bundeshaushalt vorgesehene Zuschußbedarf von 11 Mrd DM wurde beträchtlich unterschritten. Angesichts der sinkenden Arbeitslosenzahlen mußten für das Arbeitslosengeld knapp 8 % weniger aufgewendet werden als 1998. Dagegen nahm die aktive Arbeitsmarktpolitik in Form von Aus- und Fortbildungs- sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen inklusive des Sofortprogramms für arbeitslose Jugendliche im ganzen Jahr um fast 17½ % mehr Mittel in Anspruch. Die ge-



samten Einnahmen stiegen um 3 %, darunter das Beitragsaufkommen um 2½ %.

Öffentliche Haushalte insgesamt

Die Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen zusammengenommen haben in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 günstiger abge-

*Relativ günstige
Finanzentwicklung
1999*

schlossen, als am Beginn des Jahres erwartet worden war. Nach den vorläufigen (teilweise noch geschätzten) Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes betrug die staatliche Defizitquote 1,2 %, gegenüber 1,7 % im vorangegangenen Jahr.⁵⁾ Dabei fiel das sehr ergeblige Steueraufkommen ins Gewicht. Die gesamten Einnahmen wuchsen deshalb trotz des geringen Anstiegs der Eingänge aus Sozialversicherungsbeiträgen sowie rückläufiger sonstiger Einnahmen um immerhin 3 ½ %. Die staatliche Abgabenquote hat erstmals seit 1996 wieder (um 0,8 Prozentpunkte auf 43,7 %) zugenommen.⁶⁾

Der Ausgabenzuwachs hat sich im Vergleich zum vorangegangenen Jahr auf 2 ½ % verdoppelt. Dabei haben höhere Tarifabschlüsse zu einer beschleunigten Zunahme der Arbeitnehmerentgelte beigetragen. Auch die Sozialleistungen sind vor allem wegen höherer Aufwendungen der gesetzlichen Krankenkassen und der Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik stärker gestiegen. Schließlich schlugen auch erstmalige Zahlungen des Bundes an die Postunterstützungskassen zu Buche. Damit ist die Staatsquote, die seit 1997 zurückgegangen war, wieder geringfügig auf 48,9 % gestiegen.

Mit dem deutlichen Rückgang der Defizitquote wurde im vergangenen Jahr bei einem schwachen Wirtschaftswachstum ein Konsolidierungsfortschritt erreicht. Allerdings muß bei der Würdigung des Haushaltsergebnisses auch berücksichtigt werden, daß die Struktur des Wirtschaftswachstums die öffentlichen Finanzen positiv beeinflusst hat, da unter anderem ein überproportionaler Wachstumsbei-

trag auf die steuerergiebige inländische Verwendung entfiel. Außerdem schlugen vor allem mit dem hohen Überschuß der gesetzlichen Rentenversicherung und den umfangreichen Nachzahlungen für gewinnstarke Vorjahre im Rahmen der Veranlagungssteuern verschiedene Sondereinflüsse zu Buche, die in den kommenden Jahren entfallen werden.

Haushaltsplanungen 2000 und Perspektiven

Daß im Hinblick auf die öffentlichen Defizite weiterhin Konsolidierung angezeigt ist, wird beim Ausblick auf das laufende Jahr deutlich. Hier sind aus heutiger Sicht – trotz günstiger konjunktureller Entwicklung und Inkrafttreten des Sparpakets – keine Fortschritte beim Abbau der Defizite in der VGR-Abgrenzung zu erwarten.⁷⁾ Ausschlaggebend hierfür ist, daß die Einnahmen erheblich schwächer wachsen dürften. So ergibt sich aus der offiziellen Steuerschätzung vom November (unter Einschluß zwischenzeitlicher Steuerrechtsänderungen) ein Anstieg des Steueraufkommens von nur noch 2 ½ % gegenüber dem vorläufigen Ist 1999, obwohl von einem deutlich beschleunigten Wirtschaftswachstum um nominal gut 3 ½ % ausgegangen wurde und zum

*Keine
nennenswerte
Verbesserung
im Jahr 2000*

⁵ In der neuen Abgrenzung des ESVG 1995, die zum 1. März 2000 erstmals auch der Meldung im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit zugrunde liegen wird.

⁶ Die hier genannten Ergebnisse weichen teilweise von den Zahlen des Statistischen Bundesamtes ab (vgl. Erläuterung zu Tabelle VIII.3 im Statistischen Teil des Monatsberichts).

⁷ In der haushaltsmäßigen Abgrenzung ist vor allem wegen der rückläufigen Privatisierungserlöse sogar wieder mit wachsenden Defiziten zu rechnen.

Jahresbeginn die zweite Stufe der verstärkten Energiebesteuerung in Kraft getreten ist. Zu dieser schwachen Aufkommensentwicklung tragen Ausfälle aufgrund der am Jahresbeginn ebenfalls wirksam gewordenen zweiten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 und der Ausweitung der Familienförderung sowie erheblich sinkende Nachzahlungen bei den Veranlagungssteuern bei. Überdies dürften mit dem Bundesbankgewinn und der Veräußerung von Sachvermögen wichtige nichtsteuerliche Einnahmen rückläufig sein. Ins Gewicht fällt schließlich, daß der Überschuß der Rentenversicherung nach Auffüllung der Schwankungsreserve stark zurückgehen wird. Positiv auf die Finanzentwicklung wird sich dagegen auswirken, daß der Ausgabenanstieg nicht zuletzt infolge der weitgehenden Realisierung des Sparpakets gedämpft wird.

*Aussichten für
Bund, ...*

Was die Haushaltsplanungen der einzelnen Ebenen betrifft, so ist im Dezember 1999 der Bundeshaushalt 2000 vom Parlament verabschiedet worden. Das Haushaltsdefizit blieb gegenüber dem Entwurf mit rund 25 ½ Mrd Euro unverändert. Es liegt damit um rund ¾ Mrd Euro unter dem vorläufigen Ist von 1999. Sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben wurden gegenüber dem Entwurf etwas aufgestockt. Während die Steuereinnahmen den 1999 vereinnahmten Betrag um 3 % übersteigen sollen, ist bei den Veräußerungen aus Beteiligungen ein drastischer Rückgang vorgesehen. Die gesamten Einnahmen sinken deshalb um ½ %. Die Ausgaben bleiben nach dem Haushaltsplan um knapp 1 % hinter dem vorläufigen Ist des Vorjahres zurück, wofür die mit dem Sparpaket

beschlossenen Kürzungen ausschlaggebend sind. Allerdings sind hier unter anderem deshalb Mehrbelastungen absehbar, weil der im Plan bereits veranschlagte Rückzug des Bundes aus der Finanzierung von Wohngeldleistungen nicht realisiert wurde.

Bei den Ländern zeichnen sich aufgrund der Planungen höhere Defizite ab. Das Steueraufkommen dürfte unter anderem wegen weniger ergiebiger Landessteuern eher unterdurchschnittlich zunehmen. Außerdem ist ein Rückgang der Zuweisungen des Bundes abzusehen. Insgesamt dürften deshalb die Einnahmen ihr Vorjahrsniveau nur wenig überschreiten, sofern nicht noch umfangreiche Vermögensveräußerungen zur Haushaltsfinanzierung realisiert werden. Andererseits sollen die Ausgaben nur wenig steigen (um ungefähr 1½%), was voraussetzt, daß sich die Einkommensverbesserungen im öffentlichen Dienst im laufenden Jahr in engen Grenzen halten.

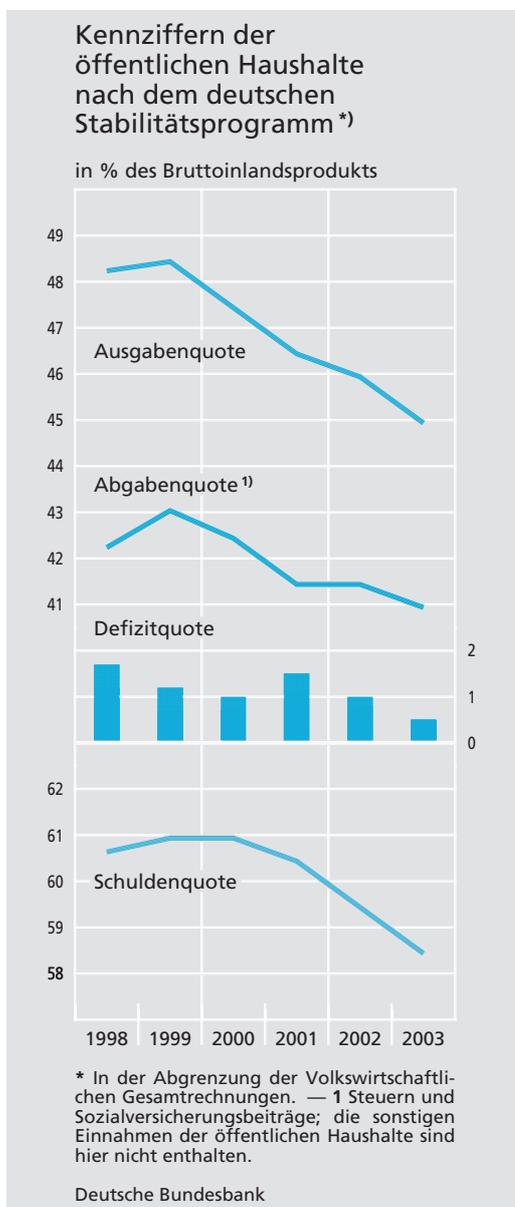
... Länder, ...

Die Gemeinden könnten erstmals seit zwei Jahren wieder Defizite verzeichnen. So ist bei der Gewerbesteuer wegen der weiter rückläufigen Nachzahlungen für frühere Jahre nur ein geringer Aufkommensanstieg zu erwarten. Die stark ins Gewicht fallenden Zuweisungen der Länder könnten angesichts der sich abzeichnenden höheren Defizite auf dieser Ebene ebenfalls begrenzt werden. Die eher ungünstigen Einnahmeperspektiven dürften die Gemeinden weiterhin zu einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik veranlassen.

... Gemeinden...

Vor allem die Sozialversicherungen dürften die Entwicklung der Staatsfinanzen im lau-

... und Sozialversicherungen



fenden Jahr ungünstig beeinflussen. In der gesetzlichen Rentenversicherung wird nämlich der 1999 erzielte Überschuß weitgehend abgebaut. Zusammen mit den Maßnahmen des Haushaltssanierungsgesetzes, insbesondere der vorübergehenden Begrenzung der Rentenanpassung auf einen Inflationsausgleich, führt dies dazu, daß der Beitragssatz am Jahresbeginn auf 19,3 % gesenkt werden konnte. Die Bundesanstalt für Arbeit hat

in ihrem Haushaltsplan ein (vom Bund zu deckendes) Defizit von 4 Mrd Euro veranschlagt, das ungefähr dem Ist 1999 entspricht. Angesichts des sich abzeichnenden Rückgangs der Arbeitslosigkeit dürfte das Soll – wie in den vorangegangenen Jahren – eher unterschritten werden. In der gesetzlichen Krankenversicherung wird nach dem Scheitern der ursprünglich geplanten Gesundheitsreform wieder auf das Instrument einer Ausgabenbegrenzung durch sektorale Budgets zurückgegriffen. Hier zeichnet sich ebenso wie in den Vorjahren keine defizitäre Entwicklung ab.

Für den mittelfristigen Zeitraum hat die Bundesregierung mit der Vorlage ihres aktualisierten Stabilitätsprogramms vom Dezember 1999 und der im Januar erfolgten Anpassung aufgrund der Berücksichtigung des günstigeren Ergebnisses 1999 und der Auswirkungen des vor kurzem vorgelegten Entwurfs eines Steuersenkungsgesetzes ihren Willen zu einem nachhaltigen Konsolidierungskurs unterstrichen. Die Defizitquote soll (wie das nebenstehende Schaubild im einzelnen zeigt) bis 2003 auf ½ % zurückgeführt werden. Im kommenden Jahr soll sie allerdings wegen der dann in Kraft tretenden umfangreichen Steuerentlastungen vorübergehend wieder (auf 1 ½ %) zunehmen. Überdies strebt der Bund bis spätestens 2006 für seinen Haushalt einen vollständigen Ausgleich an. Um hierfür – und darüber hinaus für eine Senkung der Abgabenlast – finanziellen Spielraum zu schaffen, soll die Ausgabenquote von 48 ½ % im Jahr 1999 auf 45 % im Jahr 2003 reduziert werden, was erhebliche Anstrengungen auf allen Haushaltsebenen er-

*Aktualisiertes
Stabilitäts-
programm*

fordert. Eine vordringliche Aufgabe der Finanzpolitik in den kommenden Jahren wird es sein, von diesem Ausgabenkurs nicht abzuweichen, zumal es mit den Steuersenkungsplänen schwieriger werden dürfte, die im Stabilitätsprogramm angestrebten Defizitziele zu erreichen.

*Neue Steuer-
senkungspläne*

So wird das von der Regierung im Dezember vorgelegte neue Steuersenkungskonzept zu erheblichen Ausfällen führen (vgl. hierzu im einzelnen die Tabelle auf S. 60). Die zunächst für 2002 vorgesehene dritte Stufe des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 soll auf das Jahr 2001 vorgezogen werden. Darüber hinaus sollen in den Jahren 2003 und 2005 weitere Entlastungsschritte folgen, mit denen schrittweise der Grundfreibetrag auf 15 000 DM erhöht sowie der Eingangssteuersatz auf 15 % und der Spitzensteuersatz auf 45 % gesenkt werden sollen. Dies führt (für die ersten zwölf Monate der vollen Wirksamkeit) im Jahr 2003 zu Ausfällen von schätzungsweise 6¾ Mrd Euro oder 13 ½ Mrd DM, die im Jahr 2005 auf 18 Mrd Euro oder 35 Mrd DM anwachsen. Die Regierung hat angekündigt, daß diese Ausfälle ohne Gefährdung des mittelfristigen Konsolidierungsziels finanziert werden sollen, wobei sie auf die Fortsetzung des strikten Sparkurses, aber auch auf „Selbstfinanzierungseffekte“ der Steuersenkungen und auf zusätzliche Vermögensveräußerungen setzt.

*Unternehmen-
steuerreform*

Die Regierung hat in dem vorgelegten Gesetzentwurf ihr Reformkonzept für die Unternehmensbesteuerung konkretisiert. Die Gesetzesvorlage folgt im wesentlichen den bereits bekannten Eckpunkten. Danach soll im

Jahr 2001 der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne (von 40 % bzw. 30 %) auf einheitlich 25 % gesenkt werden. Personengesellschaften können dann für die Körperschaftsteuer optieren oder sich die Gewerbesteuer teilweise auf die Einkommensteuer anrechnen lassen. Nicht gewerbsteuerpflichtige Unternehmen kommen lediglich in den Genuß der allgemeinen Einkommensteuersenkungen. Die bisherige Vollarrechnung der auf der Unternehmensebene gezahlten Körperschaftsteuer bei Ausschüttungen soll abgeschafft und durch die hälftige Einbeziehung der Dividende in die Einkommensbesteuerung des Anteilseigners ersetzt werden. Darüber hinaus ist vorgesehen – und dies dürfte für strukturelle Änderungen im Unternehmenssektor sehr bedeutsam sein –, daß Kapitalgesellschaften Gewinne aus der Veräußerung inländischer Beteiligungen (ebenso wie bisher schon bei ausländischen Beteiligungen) nicht mehr versteuern müssen. Nach Berücksichtigung verschiedener Gegenfinanzierungsmaßnahmen (vor allem der Verschärfung der Abschreibungsbedingungen) soll die Unternehmenssteuerreform zu einer Entlastung von insgesamt rund 4 ½ Mrd Euro oder 9 Mrd DM führen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Unternehmenssektor im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 per saldo beträchtlich zusätzlich belastet worden ist.

Die vorgelegten Pläne der Regierung führen vor allem bei der Körperschaftsteuer zu einer beachtlichen Senkung der Steuersätze. Sie leisten insofern einen wichtigen Beitrag zu der dringend erforderlichen Reduzierung der

Finanzielle Auswirkungen der „Steuerreform 2000“ *)

Maßnahme	Minder- (-) bzw. Mehreinnahmen (+) in Mrd DM				
	Entstehungs- jahr	Rechnungsjahr			
		2001	2002	2003	2004
I. Reform der Unternehmensbesteuerung, zusammen	- 12,4	- 17,2	- 23,6	- 22,5	- 23,7
Maßnahmen für Kapitalgesellschaften, zusammen	- 20,1	- 18,8	- 28,3	- 28,4	- 26,6
darunter:					
- Senkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne von 40 % auf 25 %	- 14,0	- 11,3	- 14,6	- 15,9	- 17,1
- Senkung des Körperschaftsteuersatzes für ausgeschüttete Gewinne von 30 % auf 25 %	- 2,0	- 5,3	- 4,7	- 3,3	- 3,2
- Senkung des Kapitalertragsteuersatzes für Dividenden von 25 % auf 20 % (ab 2002)	- 0,1	-	- 3,2	- 2,4	- 0,9
- Ersatz des Anrechnungsverfahrens durch das Halbeinkünfteverfahren bei Dividenden	+ 5,0	-	+ 3,9	+ 5,1	+ 5,6
- Übergangsregelung für den Systemwechsel	- 4,1	-	- 5,4	- 6,8	- 6,1
- Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen aus inländischen Beteiligungen	- 4,2	- 2,1	- 3,8	- 4,2	- 4,2
Maßnahmen für Personenunternehmen, zusammen	- 7,5	- 4,1	- 7,4	- 11,2	- 14,3
davon:					
- Ermäßigung der Einkommensteuer mit dem doppelten Gewerbesteuermaßbetrag	- 10,0	- 7,0	- 8,4	- 10,5	- 10,0
- Einführung einer Option zur Besteuerung als Kapitalgesellschaft	- 2,7	- 0,7	- 3,9	- 7,4	- 11,0
- Abschaffung der Tarifbegrenzung für gewerbliche Einkünfte nach § 32c EStG	+ 5,2	+ 3,6	+ 4,8	+ 6,7	+ 6,8
Finanzierungsmaßnahmen im Rahmen der Reform, zusammen	+ 15,2	+ 5,7	+ 12,1	+ 17,1	+ 17,3
darunter:					
- Senkung der degressiven Abschreibung für Ausrüstungs- investitionen von 30 % auf 20 % p. a.	+ 13,0	+ 5,4	+ 10,9	+ 14,8	+ 14,5
- Senkung der linearen Abschreibung für Betriebsgebäude von 4 % auf 3 % p.a.	+ 0,5	-	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,3
II. Anpassung der amtlichen Abschreibungstabellen an „realitätsnähere“ Nutzungsdauern (auf dem Verwaltungswege)	+ 3,5	+ 0,7	+ 2,7	+ 5,2	+ 7,0
Summe der Maßnahmen zur Unternehmensbesteuerung einschließlich der verlängerten Abschreibungsfristen	- 9,0	- 16,5	- 20,9	- 17,3	- 16,6
III. Reform des Einkommensteuertarifs, zusammen	- 35,2	- 28,5	+ 1,4	- 14,0	- 13,3
davon:					
- Einführung des für 2002 beschlossenen Tarifs schon im Jahr 2001	(-27,6)	- 28,5	+ 1,4	- 0,5	-
- Tarifänderung 2003 mit Erhöhung des Grundfreibetrags um 500 DM auf 14 500 DM und Senkung des Eingangssatzes auf 17 % sowie des Spitzensatzes auf 47 %	(-13,3)	-	-	- 13,5	- 13,3
- Tarifänderung 2005 mit weiterer Erhöhung des Grundfreibetrags auf 15 000 DM und Senkung des Eingangssatzes auf 15 % sowie des Spitzensatzes auf 45 %	- 35,2	-	-	-	-
Maßnahmen insgesamt	- 44,2	- 45,0	- 19,5	- 31,3	- 29,9

* Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung.

Deutsche Bundesbank

Abgabenlast und der Verbesserung der steuerlichen Standortbedingungen in Deutschland. Auf längere Sicht sind aber weitere Schritte erforderlich, die sicherstellen, daß die verschiedenen Einkunftsarten und Sparformen nicht unterschiedlich besteuert werden. Insbesondere sollte eine Bevorzugung einbehaltener Gewinne, die zu Verzerrungen auf dem Kapitalmarkt führen kann, auf Dauer vermieden werden. Eine weitergehende Senkung der Einkommensteuersätze würde zu-

dem die komplizierten Hilfskonstruktionen bei der Besteuerung von Personengesellschaften überflüssig machen. Solche Schritte würden allerdings eine Streichung spezieller Steuervergünstigungen auch für die privaten Haushalte sowie über die bisherigen Beschlüsse hinausgehende Ausgabenkürzungen erfordern, um den gesamtwirtschaftlich erforderlichen und von der Regierung auch angestrebten Konsolidierungskurs nicht zu gefährden.

